



## **AFRIKA/ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK - Bischöfe: "Wir müssen Voraussetzungen für Sicherheit und Neuwahlen schaffen"**

Bangui (Fides) – "Wir müssen die Bedingungen für ein harmonisches Zusammenleben im Interesse aller und unseres lieben Landes wieder herstellen und dazu sind mutige Maßnahmen und die Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft notwendig", heißt es in einem Appell der Bischöfe der Zentralafrikanischen Republik, der am 8. Januar veröffentlicht wurde.

Die Bischöfe erinnern an die Geburt des Friedensfürsten, die die Christen an Weihnachten feiern. "Er befreit den Menschen von seiner Angst", so die Bischöfe, die in diesem Zusammenhang beklagen: „Wir haben Weihnachten zu einem Tag des Weinens und der Trauer gemacht. Während im Rest der Welt dieses freudige Ereignis gefeiert wurde, haben wir die Zeit damit verbracht, uns gegenseitig zu töten. Die Menschen in Bossangoa, Bouar, Bozoum, Gaga und Bangui sind von der Gewalt zwischen Brüdern besonders betroffen". In der Botschaft bedauern die Bischöfe auch das Schicksal der Zuwanderer aus den Nachbarländern, "die sich vor Jahrzehnten in der Zentralafrikanischen Republik niedergelassen und zur Entwicklung unseres Landes beigetragen haben" und nun zur Flucht vor der Gewalt gezwungen sind. "Es ist auch bedauerlich, wenn wir mit anhören wissen wie einige unserer Mitbürger eine Aufteilung der Zentralafrikanischen Republik in Betracht ziehen", so die Bischöfe weiter. Kurz nach der Veröffentlichung der Botschaft gaben der Präsident der Zentralafrikanischen Republik, Michel Djotodia und der Premierminister Nicolas Tiengaye ihren Rücktritt bekannt (vgl. Fides 11/1/2014). Der Vorsitzende des Nationalen Übergangsrates, Alexandre-Ferdinand Nguendet, übernahm vorübergehend das Amt des Staatsoberhauptes.

Nach Ansicht der Bischöfe muss zur Überwindung dieser "nie da gewesenen Krise" das Militär und die Polizei neu aufgebaut werden, damit das Leben aller geschützt werden kann; außerdem sei eine Kürzung der Übergangszeit notwendig, damit möglichst bald neue Wahlen organisiert werden können; zudem müsse ein internationaler Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit Menschenrechtsverstößen ermitteln und die Präsenz von Soldaten aus dem Tschad in der Zentralafrikanischen Republik und der Soldaten der MISCA geprüft werden; Söldner aus dem Tschad und aus dem Sudan müssen entwaffnet und zentralafrikanische Soldaten in die Reihen der Armee eingegliedert werden; nicht zuletzt sei die Förderung des Dialogs zwischen den Gläubigen der verschiedenen Religionen in der Zentralafrikanischen Republik notwendig.

Abschließend danken die Bischöfe der internationalen Staatengemeinschaft für die bisherige Unterstützung und vertrauen das Land "Maria, der Friedenskönigin" an. (L.M.) (Fides 13/1/2014)